



Eckpunkte der **ver.di** Personalrätetagung am 09. und 10.02.2006 im Rathaus Schöneberg

**Liebe Kollegin, lieber Kollege,**

Die hoch problematischen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Arbeitsgemeinschaften nach §44 b SGB II sind bekannt. Die Mängel des Gesetzes wurden bislang nicht beseitigt. Etwa 150 Personalräte aus der gesamten Bundesrepublik haben diese Situation auf der Konferenz beraten und sich auf folgende Eckpunkte für die Weiterarbeit verständigt:

## **Leistungsqualität und -standards:**

- Die Forderung der BA, Mindeststandards festzulegen, begrüßen wir. Allerdings müssen diese durch intensive Diskussionen vor Ort konkretisiert und erweitert werden.
- Angesichts der begrenzt verfügbaren freien Arbeitsplätze und der ungenügenden Ressourcen ist eine ehrliche Diskussion um Arbeitsmarktprogramme auf dem 2. Arbeitsmarkt für die Gruppe der Arbeitslosen, die auf dem 1. Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit keine Integrationschancen haben, notwendig. Wir brauchen langfristige Konzepte und lehnen den Drehtüreffekt (raus aus der Arbeitslosigkeit – rein in die Arbeitsgelegenheit für 6 – 10 Monate – anschließend mangels jeglicher Perspektive auf eine dauerhafte Beschäftigung wieder rein in die Arbeitslosigkeit) ab.
- Die Leistungsberechtigten nach SGB II sollen zu den gleichen Dienstleistungen Zugang haben, die den SGB III Leistungsberechtigten zur Verfügung stehen.
- Dabei sind 1 € Jobs immer nachrangig und immer mit einem Qualifizierungsteil auszustatten.

## **Personal**

- Für eine gute Aufgabenerledigung, die nicht auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten geht, ist die verbindliche Umsetzung der Fallzahlen erforderlich. Dabei sind die Verwaltungsressourcen nicht einzurechnen.
- Die Qualifizierungsmaßnahmen, die erforderlich sind, um alle Beschäftigten in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen, sind unverzüglich bereit zu stellen. Dafür fordern wir ein Qualifizierungskonzept.
- Befristete Arbeitsverhältnisse in den Arbeitsgemeinschaften lehnen wir angesichts des hohen Personalbedarfs ab.
- Alle Beschäftigten in den Arbeitsgemeinschaften ob aus der Agentur, von der Kommune, von Vivento oder von einem anderen Arbeitgeber müssen die gleichen Arbeitsbedingungen haben.

### **Institutioneller Rahmen:**

- Es muss eine öffentlich rechtliche Rechtsform geschaffen werden, die als verlässliche Grundlage für die Arbeitsgemeinschaften geeignet ist. Wir fordern diese öffentliche Leistung in jedem Falle in öffentlicher Trägerschaft zu belassen und Rechtssicherheit für Leistungsberechtigte und Beschäftigte.
- In dieser Institution haben die Beschäftigten ein Mitbestimmungsrecht in der Steuerung (durch drittelparitätische Beteiligung am Verwaltungsrat bzw. der Trägerversammlung).
- Die Kompetenzen zwischen den Personalvertretungen in den Stammdienststellen und ggf. in der ARGE müssen klar geregelt sein.

### **Betriebliche Interessenvertretung:**

- Wir benötigen eine gemeinsame Personalvertretung für alle Beschäftigten in den Arbeitsgemeinschaften.
- Die jüngste Aufforderung zur Wahl von betrieblichen Interessenvertretungen wirft umfangreiche rechtliche Fragen auf, die sich insbesondere auf die Landespersonalvertretungsgesetze betreffen.
- **ver.di** wird diese Prüfung leisten und den Beschäftigten und den Personalräten Informationen zu ihren Handlungsmöglichkeiten geben.
- Parallel zu diesen Prüfungen ist der Aufbau gewerkschaftlicher Vertrauensleutearbeit dringend erforderlich. Wir benötigen für jede ARGE gewerkschaftliche Strukturen um unsere Handlungsfähigkeit zu verbessern.

**Diese Standpunkte, die fachbereichsübergreifend erstellt wurden, dienen der weiteren Diskussionen vor Ort als Grundlage.**

Sie stellen gemeinsame Positionen dar, die durch Diskussionen unter den Beschäftigten und Personalräten in jeder einzelnen ARGE konkretisiert und weiterentwickelt werden müssen.

Die Ergebnisse der juristischen Klärungen werden zugänglich gemacht.

**Für die beteiligten Kollegen/innen der Fachbereiche 4 und 7 stellte diese Tagung einen wichtigen Auftakt für die kommenden Aktivitäten in den Arbeitsgemeinschaften dar.**

**ver.di** -Bundesverwaltung – Fachbereich 4 Jochen Berking; Fachbereich 7 Alexander Wegner  
Paula Thiede Ufer 10, 10179 Berlin

**Bearbeitungsteam: Jutta Ahrweiler, Marion Junker, Roswitha Stock, Karl Obermann, Dieter Prümen,  
Bernd Schumann**